

Zu den Stadtverordneten-Wahlen!

Mitbürger! Wähler! Am Montag, den 19. und Dienstag, den 20. November d. J., von Vormittags 11 bis Mittags 2 Uhr und von Nachmittags 5 bis Abends 8 Uhr wählt die dritte Abtheilung der Breslauer Stadtverordnetenwähler in einer Anzahl Bezirke neue Vertreter für die Gemeinde. Auch die sozialdemokratische Partei hat in den Bezirken 23, 24, 26, 32 und 34 Kandidaten aufgestellt und bittet hierdurch die Wähler der dritten Abtheilung, für die Wahl dieser Kandidaten des Volkes entschieden eintreten zu wollen.

Ist die Wahl von sozialdemokratischen Stadtverordneten für die Bevölkerung Breslau's empfehlenswerth? Vor zwei Jahren wurden die ersten beiden sozialdemokratischen Stadtverordneten, die Herren Bruhns und Schütz gewählt. Was haben diese beiden

Vertreter der Arbeiter

im Stadtparlament geleistet? Die Antwort darauf ist zugleich die Beantwortung der Frage, ob wir diesmal wiederum sozialdemokratische Stadtverordnete wählen sollen.

Die Beseitigung der Schlachtsteuer

ist eine Forderung von der größten Wichtigkeit für alle Breslauer Arbeiter und Kleinen. Die Stadt Breslau nimmt jährlich rund 2 Millionen Mark aus dieser schreiend ungerechten Steuer auf eines der wichtigsten Lebensmittel ein. Jede Arbeiterfamilie zahlt jährlich durchschnittlich 30 Mark Schlachtsteuer! Trotzdem wollen die Herren vom Magistrat und die Mehrheit der Stadtverordneten diese abfällige Steuer nicht fallen lassen. Mit 62 gegen 30 Stimmen hat die Stadtverordnetenversammlung im Anfange vorigen Jahres die Fortdauer der Schlachtsteuer auf weitere drei Jahre beschlossen. Die freisinnigen und liberalen Herren stimmten in großer Zahl mit den Konservativen für die Schlachtsteuer. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Bruhns dagegen sprach sich in mehreren Reden auf das Schärfste gegen die Schlachtsteuer aus. Er sagte u. A.:

„Eine Steuer auf Lebensmittel belastet den Armen um so mehr, je ärmer er ist und je größer seine Familie ist. Die geringen Löhne der Arbeiter machen diesen eine gute Ernährung unmöglich und unter solchen Umständen erscheint mir die Vertheuerung des wichtigsten Nahrungsmittels, des Fleisches, durch eine Steuer wie ein Verbrechen am Volke. (Unruhe und Widerspruch) Ja, meine Herren, als ein Verbrechen an der Gesundheit, der Arbeitsfähigkeit und Kraft des Volkes! Und das trifft ganz besonders für unser Breslau zu, denn hier stehen die Löhne der Arbeiter erheblich niedriger, wie in irgend einer anderen deutschen Großstadt. . . . Zur Erhebung der Lebensmittelsteuern braucht man keine Volkziehungsbeamten, keine Greifboten, Niemand kann sich der Bezahlung entziehen, wenn er nicht hungern, seine Gesundheit und sein Leben riskiren will! Diese Unnehmlichkeiten der indirekten Steuern schaffen ihnen so warme Anhänger in den Kreisen der Machthaber. Aber das sollte kein Grund sein für wahrhaft liberale Männer, solche Steuern beizubehalten. Die Schlachtsteuer muß fallen, nicht stückweise und allmählich, sondern vollständig und sofort! Meine Herren Liberalen, gestatten Sie mir, Sie an das Programm zu erinnern, mit dem Sie in den Reichstagswahlkampf zogen. Dori heißt es u. A.: Wir wollen Entlastung der Lebensmittel und unentbehrlichen Verbrauchsgüter von Zöllen und Steuern. Und lassen Sie mich Sie erinnern an Ihre scharfe Agitation gegen die von den Agrariern erzielte Fleischvertheuerung, gegen die Grenzsperrre etc. Noch sind die Reden der Freisinnigen bei der jüngsten Fleischnotdebatte im Reichstage nicht verklungen. Nun, hier haben Sie die Macht, Ihre schönen Worte in Thaten umzusetzen, jetzt können Sie, was Sie längst schon hätten thun müssen, thun: Eine drückende Steuer auf das wichtigste Nahrungsmittel des Volkes beseitigen. . . . Die Herren mit den großen Einkommen aber wollen nicht auf ihre Schultern die Last nehmen, die bisher ungerechter Weise auf den Schultern der Armen lastete. Die Herren Vertreter hier jammern über Vermögenskonfiskation und andere schöne Dinge. Sie wollen einfach die Interessen der Besessenen schützen und da ist Ihnen auch die Erinnerung an Ihre politischen Grundzüge sehr unangenehm. . . . Meine Herren! Bedenken Sie auch, daß fast alle Reichsbedürfnisse durch indirekte Steuern gedeckt werden, daß eine Arbeiterfamilie in den Reichstadel jährlich mindestens 60-80 Mark an Steuern auf notwendige Lebensbedürfnisse zahlen muß. Ist es daher nicht Ihre heilige Pflicht, wenn Sie diese ungerechte Belastung der Armen durch das Reich energig bekämpfen, auch so rasch wie möglich und vollständig diese ungerechte Fleischsteuer hier in Breslau zu beseitigen?“

Aber diese heilige Pflicht haben die Herren nicht erfüllt, nach wie vor wird diese ungerechte, schändliche Steuer auf Fleisch von den Armen der Stadt weiter eingetrieben.

Die hohen Wohnungsmiethen

und ein anderes Uebel, unter welchem die Breslauer Bewohner, besonders die Arbeiter, schwer leiden. Der Uebermuth der Hausbesitzer wird immer größer. Während die Miethen beständig steigen, fordern sie in der Stadtverordnetenversammlung eine Ermäßigung ihrer Steuern und Abgaben. Sie wollen eine bedeutende Ermäßigung der Grundsteuer und der Kanalabgabe, den Fortfall des Wassergeldes, der Bürgersteigpflicht und der Einquartierungslast für die „armen Hausbesitzer“. Diese „bescheidenen“ Forderungen würden der Stadt rund zwei Millionen Mark lohnen, die dann natürlich wieder von den Armen aufgebracht werden müßten, während die Hausbesitzer die hohen Miethen schmerzlos einstecken. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben sich auf das Entschiedenste gegen solche Begünstigung der Hausbesitzer gewehrt, trotzdem aber ist eine theilweise

Ermäßigung der Grundsteuer

von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden. Den Arbeitern aber die unterste Stufe der Einkommensteuer, die kaum mehr wie 100 000 Mark im Jahre bringt, zu erlassen, davon wollen die Herren Stadtverordneten nichts wissen, obwohl die Arbeiter, die diese Steuer zahlen müssen, dabei nicht einmal das Wahlrecht zur Stadtverordnetenversammlung haben. Das sind unsere liberalen Vertreter!

Versicherungsbeamter Ernst Zahn,
Tischler Paul Kitzler, für Bezirk
Tischler Hermann Brosig,
Töpfer Hermann Neuberger,
Rendant Arthur Bergmann, für Bezirk
Buchhalter Oskar Heymann,
Goldarbeiter Karl Harf,

Die Unentgeltlichkeit der Vermittel

für Volksschüler ist von den sozialdemokratischen Stadtverordneten entschieden gefordert worden. Während die Stadt für jeden Realschüler über 100 Mark, für jeden Gymnasiasten sogar über 200 Mark im Jahre ausgiebt, kostet der Volksschüler der Stadt jährlich nur etwa 60 Mark. Die Arbeiter und Handwerker müssen für die Lernmittel, Bücher, Hefte u. s. w. jährlich für jedes Kind, das sie zur Schule schicken, durchschnittlich mindestens 6 Mark ausgeben. Das ist bei den hohen Kohlen- und Lebensmittelpreisen, den unerschwinglich hohen Wohnungsmiethen für eine Arbeiterfamilie eine schwere Last. War es daher nicht gerecht, von der Stadt die unentgeltliche Lieferung der Schulbücher etc. zu verlangen? Die Stadtverordnetenversammlung aber lehnte diesen sozialdemokratischen Antrag mit allen gegen einige Stimmen ab. So sorgt man für die Arbeiter!

Für die Arbeiter und Handwerker

sind dagegen die beiden sozialdemokratischen Stadtverordneten Bruhns und Schütz immer mit voller Energie eingetreten. Sie haben eine Aenderung des Submissionswesens angeregt. Städtische Arbeiten sollten nach Möglichkeit in eigene Regie der Stadt genommen werden. Wo das nicht möglich ist, sollten doch nur solche Unternehmer städtische Arbeiten haben, welche die mit den Gewerkschaften der Arbeiter vereinbarten Löhne und Arbeitszeiten innehalten. Die Schmutzkonturrenz bei der Vergebung städtischer Arbeiten muß beseitigt werden.

Gewisse Uebelstände beim Gewerbegericht wurden im Interesse der Arbeiter von den sozialdemokratischen Stadtverordneten zur Sprache gebracht und deren Beseitigung angeregt. Ebenso wurde von den Sozialdemokraten auf die schlechten Löhne der städtischen Arbeiter verwiesen. Bei der Vorlage betr. die Altersversorgung der städtischen Arbeiter stellten die beiden sozialdemokratischen Stadtverordneten Anträge auf Erhöhung der vorgeschlagenen Rente und ebenso beantragten sie, diese kleine Rente den städtischen Arbeitern nicht als Almosen der Stadt, sondern als einlagbares Recht zu geben. Leider wurden diese Anträge von der Mehrheit abgelehnt.

Abgelehnt wurde auch der sozialdemokratische Antrag, durch Erhöhung des städtischen Zuschusses zu den Ferienkolonien einigen hundert schwächlichen Arbeiterkindern mehr die Wohlthat eines Landaufenthalts zukommen zu lassen. Dafür haben die Stadtväter nur Lumpige 500 Mark übrig, während sie z. B. dem Breslauer Orchesterverein jährlich 20 000 Mark bewilligen, die Stadttheater subvention von 30 000 auf 50 000 Mark erhöhten, für „monumentale Grenzsteine“ 8500 Mark ausgeben und alljährlich Tausende bewilligen zur festlichen Begrüßung von auswärtigen privaten Vereinen, die die Stadt garnichts angehen.

Auf Antrag des Stadtverordneten Bruhns sandte die Stadt auf ihre Kosten fünfzehn Breslauer Handwerker zur Pariser Weltausstellung zwecks Verbesserung ihrer fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten.

Für die

Anstellung von Schulärzten

traten die beiden sozialdemokratischen Vertreter ebenso entschieden ein, wie sie weiter forderten, daß die Städtischen Brausebäder auch Mittags und Abends bis 10 Uhr geöffnet werden, damit jeder Arbeiter in der Lage ist, diese gemeinnützigen Anstalten in seiner freien Zeit auch benutzen zu können. Vom Stadtverordneten Schütz wurde die Vermehrung der Armenarztsstellen resp. die Verkleinerung der Armenarztsbezirke angeregt, damit den Armen schneller Hilfe gebracht wird und die Armenärzte entlastet werden können.

So haben die beiden sozialdemokratischen Vertreter bewiesen, daß sie es mit der übernommenen Vertretung der Arbeiter-Interessen wirklich ernst meinen und unablässig für diese wirken. Nicht weniger entschieden aber traten sie für die allgemeinen Interessen ein. Als die preussischen Minister von Miquel und Rheinbaben die Breslauer Stadtverwaltung wegen der 37 Millionenanleihe, die für nützliche und nothwendige Bauten und Einrichtungen der Stadt erforderlich ist, in einem Ministerialerlaß wie Schulkinder zurechtweisen und gar eine Million Mark, die Breslau für eine technische Hochschule hergeben wollte, wegrühen, da waren es nicht die freisinnigen Stadtverordneten, sondern es war der sozialdemokratische Stadtverordnete Bruhns, der ganz entschieden eintrat

für die kommunale Selbstverwaltung

und energigsten Protest erhob gegen eine solche unerhörte und unverdiente Behandlung der Interessen und der Verwaltung der Stadt Breslau!

Wähler! Mitbürger! Das elende Dreiklassenwahlsystem, das für die Stadtverordnetenwahlen gilt, macht es unmöglich, der großen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung Breslau's den gebührenden Einfluß auf die städtische Verwaltung zu sichern. Der Geldsack übt auch hier seine brutale Herrschaft aus. 344 Wähler der ersten Abtheilung wählen ebenso viele Stadtverordnete, wie 2402 Wähler der zweiten Abtheilung und wie 46750 Wähler der dritten Abtheilung. Das ist geradezu blutiger Hohn auf Vernunft und Gerechtigkeit! Um so mehr aber haben die Wähler dritter Abtheilung die Pflicht, dafür zu sorgen, daß sie wenigstens im Rahmen ihres lächerlich geringen Wahlrechts wirkliche Volksvertreter in das Stadtparlament hineinbringen.

Große, wichtige Fragen harren in nächster Zeit ihrer Lösung durch die Gemeinde, Fragen, wie die Beseitigung der Schlachtsteuer, Maßregeln zur Lösung der Wohnungsfrage und viele andere, die im höchsten Maße das Interesse der Arbeiter, Handwerker und Gewerbetreibenden beanspruchen. Da gilt es tüchtige, erprobte, unerschütterliche Vertreter des Volkes, nicht des großen Geldsacks, in die Stadtverordneten-Versammlung zu wählen. Solche Vertreter aber sind nur die Kandidaten der Sozialdemokratie:

für Bezirk 23 (Nikolai-vorstadt),
24 (Nikolai- und Gräbischener Vorstadt),
beide für Bezirk 26 (Oder-vorstadt),
für Bezirk 32 (Scheitniger Vorstadt),
beide für Bezirk 34 (Oder-vorstadt).

